

// OFFENER BRIEF //

GEW • LV Bayern • Schwanthalerstr. 64 • 80336 München

An das
Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus
Herrn Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo
Salvatorstr. 2
80333 München

z.K. an die demokratischen Fraktionen des Bayerischen Landtags und die Medienvertreter*innen

München, den 9. November 2020
Telefon: 089 / 544 081 - 0
Fax: 089 / 544 081 - 22
E-Mail: info@gew-bayern.de

Offener Brief:

Aufrechterhaltung des Unterrichtsbetriebs in Zeiten von Corona: Konkrete Maßnahmen statt endloser Gespräche

Sehr geehrter Minister Piazzolo,
sehr geehrter Ministerpräsident Söder,
sehr geehrte Ministerin Trautner,
sehr geehrte Ministerin Huml,
sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche starteten wieder 1.65 Millionen Schüler*innen und rund 140.000 Lehrkräfte in den Schulbetrieb. Wir wenden uns deswegen in einem offenen Brief an Sie. Wir sind selbst betroffen und meinen, für alle an Bildung beteiligten Menschen in Kindergärten und Kindertagesstätten, Grundschulen, Mittelschulen, Förderschulen, Realschulen, Gymnasien, Wirtschaftsschulen, Fach- und Berufsoberschulen, beruflichen Schulen das Wort an Sie direkt wenden zu müssen.

Die Bildungseinrichtungen bereiteten sich in den letzten Monaten gemäß der Vorgaben des Ministeriums auf verschiedene Szenarien vor und entwickelten entsprechende Konzepte. Lehrkräfte absolvierten bayernweit verpflichtende Fortbildungen zur Digitalisierung, arbeiteten sich in Mebis und in das zur Verfügung gestellte Microsoft Teams ein und trainierten die notwendigen Kompetenzen mit Schülerinnen und Schülern. Lüftungskonzepte wurden erstellt und schulhaus- und einrichtungsinterne Hygienepläne adaptiert. Es wirkte trotz aller Unsicherheit beruhigend, dass das Staatsministerium auf Prävention im Kampf gegen die Pandemie setzte. Man vertraute darauf, dass bei einem erneuten Aufflammen der Pandemie der auf drei Stufen reduzierte Hygieneplan greifen

würde. Als die Zahlen dann aber wirklich wieder explodierten, passierte vielerorts nichts. Die erarbeiteten Konzepte wurden nicht beachtet, die Konsequenzen der Ampelstufen für den Schulbetrieb kaum umgesetzt.

Am Mittwoch, den 4. November 2020 verkündeten Sie dann beim Schulgipfel, dass die Stufen des Rahmenhygieneplans trotz Lockdown-Light für Bildungseinrichtungen keine Gültigkeit mehr besitzen würden. Wechsel von Distanz- und Präsenzunterricht in geteilten Klassen oder komplette Schulschließungen sind damit nicht mehr vorgesehen. Gehandelt werden sollte nur bei einem akuten (größeren) Infektionsgeschehen an der Schule selbst. Entscheiden sollen weiterhin die lokalen und überlasteten Gesundheitsämter, allerdings ohne Rahmenvorgabe. Die Devise: „Schulen und Kitas so lange wie möglich offen halten, damit die Wirtschaft laufen kann“. Die Strategie der „Prävention“ weicht damit im Bildungsbereich der Strategie, Infektionen an Schulen in Kauf zu nehmen und nur noch darauf zu reagieren.

Es ist nicht verwunderlich, dass in den Bildungseinrichtungen der Unmut und die Angst wachsen. Corona macht deutlich, dass viele Entwicklungen in den letzten Jahren verschlafen wurden: Reduzierung der Klassenstärken, Digitalisierung, Modernisierung der Schulhäuser und vor allem der Bedarf an Lehrkräften. Jetzt sollen auf die schnelle CO₂-Sensoren zur Lüftungsunterstützung und für nicht zu lüftende Klassenzimmer Luftreinigungsgeräte zur Verfügung gestellt werden – das ist erfreulich. Aber bereits 2017 wies das Bundesumweltamt darauf hin, dass die CO₂-Belastung in Deutschlands Bildungseinrichtungen in der Regel viel zu hoch ist, normales Lüften das nicht beheben könne, Lüftungsanlagen modernisiert und nachgerüstet werden müssten. Hätte man damals reagiert, hätte man jetzt diese Probleme nicht. Es zieht sich leider wie ein roter Faden durch die bayerische Bildungspolitik, wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Trotz, bestimmen so genannte Sachzwänge und Kostengründe die Realität. Leidtragende sind Kinder und Erwachsene, die Sie gerne als „Schulfamilie“ bezeichnen. Sie sind es, die für diese Fehlplanungen jetzt ihre Gesundheit aufs Spiel setzen müssen.

Immer mehr Studien aus dem Ausland lassen die Vermutung zu, dass sich das Virus gerade in Bildungseinrichtungen unerkannt ausbreiten konnte und weiterhin kann. Es werden Menschen rund um die „Schulfamilie“ zu Schaden kommen, weil sie einem unserer Meinung nach mittlerweile nicht mehr kalkulierbarem Risiko ausgesetzt werden.

Wir weisen aus diesem Grund als verantwortliche Bildungsgewerkschaft und als Beschäftigte auf die Fürsorgepflicht hin. Wir haben eine Fürsorgepflicht gegenüber den Kindern und jungen Erwachsenen. Wir sind dafür verantwortlich, sie vor körperlichem Schaden zu bewahren. Aber auch Sie haben eine Fürsorgepflicht. Als verantwortlicher Minister und oberster Dienstherr besteht auf Ihrer Seite die Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeiter*innen in Bildungseinrichtungen, somit auch gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen. Sie haben für deren Schutz zu sorgen.

Unserer Ansicht nach ist es Kolleginnen und Kollegen derzeit aufgrund des Infektionsgeschehens nicht möglich, im Regelbetrieb die Fürsorgepflicht gegenüber Kindern, Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen in Bildungseinrichtungen und deren Familien zu gewährleisten.

Wir weisen zudem darauf hin, dass Ihre Politik, präventive Maßnahmen aufzugeben und Infektionsgeschehen und damit Erkrankungen in Bildungseinrichtungen in Kauf zu nehmen, nicht vereinbar ist mit Ihrer Fürsorgepflicht den Beschäftigten gegenüber.

Kinder benötigen Bildungsangebote! Schließungen von Bildungseinrichtungen müssen vermieden

werden. Dazu gehört es aber auch, Maßnahmen zum Gesundheitsschutz umzusetzen und im Schul- oder Kitabetrieb durch zeitweises Teilen der Lerngruppen Kontakte zu reduzieren und empfohlene Abstände einzuhalten, wenn dies notwendig ist. Es zeigt sich was passiert, wenn man das nicht umsetzt: Immer mehr Schüler*innen und Lehrkräfte müssen in Quarantäne.

Wir hatten im schulischen Bereich bereits frühzeitig die vorübergehende Anpassung der Stundentafel gefordert sowie eine Priorisierung bestimmter Lehrplaninhalte für entsprechende Schularten und Klassenstufen gerade in Übergangs- und Prüfungsklassen vorgeschlagen. Freiwerdende personelle Ressourcen bei Fachlehrkräften hätte man nutzen können, um Lerngruppen zu teilen und Kontakte zu vermindern.

Es ist noch nicht zu spät, bisher versäumte Maßnahmen zu ergreifen. Wir fordern, sich an den wissenschaftlichen Erkenntnissen des RKI zu orientieren. Die Empfehlungen müssen Grundlage aller Planungen sein. Arbeitsschutzstandards müssen auch in Bildungseinrichtungen gelten. Die geforderte „maximale Flexibilität“ erfordert auch maximale Flexibilität von Ihnen. Sie sind es, die die Rahmenbedingungen gestalten. Die Verantwortung auf Lehrkräfte abzuschieben, die jetzt selbstständig Kürzungen an Lehrplänen vornehmen können, ist nicht zielführend. Schuljahre bauen aufeinander auf und am Ende des Schuljahres soll in diesem System Vergleichbarkeit gewährleistet sein.

Die Bildungsgewerkschaft GEW Bayern fordert daher:

- Lehrplaninhalte differenziert priorisieren und damit für Entlastungen sorgen
- Stundentafeln kurzfristig entsprechend reduzieren
- Dadurch frei werdende personelle Ressourcen zur Bildung von Kleingruppen in Wechselmodellen nutzen
- Wechselmodelle und „Lernen zuhause“ als alternative Unterrichtskonzepte gemäß Empfehlungen des RKI akzeptieren und zur Wahl stellen
- Schüler*innentransporte entzerren – Bereitstellung weiterer Schulbusse und Ermöglichung von Schichtbetriebmodellen wo immer möglich
- Bereitstellung von FFP2-Masken für Lehrkräfte und MNB für Schüler*innen (vor allem Kindermasken für Grundschulen!)
- Luftreinigungsgeräte und CO2-Ampeln zügig und unkompliziert für alle Klassenzimmer anschaffen
- Unterstützung und Begleitung durch Betriebsärzt*innen und Fachkräfte für Arbeitssicherheit

Langfristig: Die Umsetzung der Empfehlungen des Bundesumweltamtes für technische Lüftungsanlagen zur Einhaltung gesundheitlich-hygienischer CO2-Werte in Bildungseinrichtungen

Teile dieser Forderungen wurden bereits von Ministerpräsident Markus Söder ins Gespräch gebracht. Es ist jetzt Zeit zu handeln!

Wir betonen außerdem, dass es äußerst riskant ist, die Hoffnung allein auf einen Impfstoff zu setzen, der für eine Herdenimmunität in der Gesellschaft sorgen soll. Es ist absolut nicht gesichert, wie lange es dauert, bis ein Leben wie vor Corona wieder möglich sein wird. Ein „Weiter so!“ wird, auch unabhängig von Corona, im Bildungsbereich aufgrund des eklatanten Lehrkräftemangels nicht mehr funktionieren. Corona macht deutlich, dass unser Bildungssystem vor allem eines ist – nicht mehr in

der Lage, auf die Anforderungen zum Wohle aller Kinder zu reagieren und nicht zuletzt auch zum Wohle der Beschäftigten.

Wir wünschen uns Mut von den Entscheidungsträger*innen!

All die Forderungen und Maßnahmen, die aus Sicht der Bildungsgewerkschaft GEW endlich umgesetzt werden müssen, dienen dazu, den Schutz aller Beteiligten der „Schulfamilie“ zu realisieren und zumindest einen Mindestanspruch an Bildung zu erhalten. Von „geregeltem Schulbetrieb“, den sich alle wünschen, kann aktuell leider keine Rede sein.

Mit freundlichen Grüßen

Anton Salzbrunn
Landesvorsitzender

Martina Borgendale
stv. Landesvorsitzende

Ruth Brenner
Fachgruppe Grund- und Mittelschule

Johannes Schiller & Florian Kohl
Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe